

Achtes Schulpolitisches Forum:

# Schulgesetzentwurf in der Diskussion

Das Schulpolitische Forum des SBB und der CDU-Landtagsfraktion in Radebeul am 5. März 2016 stand ganz im Zeichen des neuen Schulgesetzes. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Vorsitzenden des SBB Gerhard Pöschmann erläuterte der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Lothar Bienst zunächst den Werdegang des Gesetzentwurfs.

Ausgangspunkt sei der Koalitionsvertrag gewesen. „Wir finden uns im jetzigen Entwurf zu zwei Dritteln wieder“, erklärte Bienst. Das zweigliedrige Schulsystem bliebe unverändert, das Förderschulsystem werde angepasst. „Ich bin optimistisch, dass sich die vielen Anregungen aus der Öffentlichkeit im endgültigen Gesetzesentwurf niederschlagen“, äußerte Bienst. Im Schuljahr 2017/18 solle es dann gelten. Bienst benannte aber auch Probleme im Referentenentwurf und sprach über den Dissens der Fraktion mit dem Kultusministerium: Die Schulnetzplanung im Bereich der Berufsschulzentren müsse zentral geregelt werden. Das Ministerium sieht das anders.

In ihren Ausführungen nahm die Staatsministerin für Kultus Brunhild Kurth zur Berufsschulproblematik Stellung: Die Schulnetzplanung sei ein „intensiver Diskussionspunkt“. Anders als die CDU-Fraktion will sie jedoch die regionalen Planungsbüros verantwortlich machen. „Wir können das Netz der beruflichen Schulen, wie es jetzt ist, so nicht aufrechterhalten“, machte sie deutlich.

Die Teilnehmer der sich anschließenden Podiumsdiskussion, Brunhild Kurth, Lothar Bienst, SLV-Vorsitzender Jens Weichelt, PVS-Vorsitzender Frank Haubitz, Dirk Baumbach (2. Vorsitzender des Lehrerverbandes Berufliche Schulen in

Sachsen), Franz-Josef Fischer (stellvertretender Bundesvorsitzender der Katholischen Erziehergemeinschaft) und Kerstin Daniel (Vorsitzende des Sächsischen Schulleiterverbandes), bezogen zum Entwurf des sächsischen Schulgesetzes Stel-



> In der Diskussionsrunde von links: Dr. Heike Schmoll, Kerstin Daniel, Franz-Josef Fischer, Dirk Baumbach, Frank Haubitz, Jens Weichelt, Lothar Bienst, Staatsministerin Brunhild Kurth

lung und verständigten sich zu unterschiedlichen Positionen. Moderiert wurde die Runde durch Dr. Heike Schmoll, renommierte Korrespondentin für Schul- und Hochschulpolitik der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Einen großen Raum nahm das Thema Inklusion ein.

Kerstin Daniel (SSV), Schulleiterin in Chemnitz, berichtete aus ihrem beruflichen Alltag: Sie habe schon jetzt ein breites Spektrum von Schülern zu unterrichten, dem sie und ihre Kollegen schwer gerecht werden können. „Aber wir mühen uns!“ Wichtig sei, dass Schulsozialarbeiter an jeder Schule arbeite-

ten und das müsse ins Gesetz. „Wer der Träger ist, ist mir egal“, so Daniel.

Dirk Baumbach mahnte, man dürfe Inklusion nicht einfach an die Schultür schreiben, ohne es in die Schule reinzuschreiben. „Gebt den Kollegen die Chance, lernzieldifferent zu unterrichten!“, forderte er. Allerdings müssten die Lehrer dafür weitergebildet werden.

Der PVS-Landesvorsitzende Frank Haubitz äußerte sich in seinem Statement „weitestgehend zufrieden mit dem Schulgesetz.“ Es sei eine „ordentliche Bodenplatte“ gelegt.

besonders die personelle – noch stärker zu definieren.

„Ich bin froh, dass wir in Sachsen so langsam sind“, äußerte Kultusministerin Kurth in ihrem Beitrag zum Inklusionsthema. Inklusion müsse gewollt werden, die Menschen müssten bereit dafür sein. Ressourcenforderungen allein reichten nicht. Allerdings müsse man bei der Inklusion „hin und wieder ins kalte Wasser springen“ – jedoch nicht ohne Lehrerfortbildungen. Heterogenität sei eine Herausforderung, die gemeistert werden müsse. Deshalb gebe es jetzt auch Module hierzu im Lehramtsstudium.

Er warnt jedoch vor schlecht gemachter Budgetierung und forderte die Sicherung der Gymnasien im ländlichen Raum. Und auch er machte sich für die Schulsozialarbeit stark: „Kinder, die ihr Zuhause in der Schule gefunden haben, brauchen Sozialarbeiter!“ Diese müssten durchgängig und gesichert beschäftigt werden.

Der SLV-Vorsitzende Jens Weichelt bekräftigte die Forderung nach dem Erhalt der Förderschulen: „Diese müssen erhalten bleiben als Voraussetzung für gelingende Integration und Inklusion!“ Er forderte, die Voraussetzungen für Inklusion –

In der Folge ging es in der Podiumsdiskussion um die Sicherung des Lehrernachwuchses. Es müsse vor allem im ländlichen Raum gelingen, die Bindung künftiger Kollegen an ihre Region und ihre Schule aufrechtzuerhalten. Bienst warnte aber auch eindringlich: „Die fehlende Verbeamtung hilft uns dabei nicht!“

Brunhild Kurth beschrieb, wie es weitergehen soll mit dem Gesetz: Es seien weit über tausend Änderungswünsche eingegangen. Ihre Mitarbeiter hätten nun Zeit bis Mitte April, um alles zu prüfen. „Wir werden an einigen Stellen nachar-